

Lohnforderungen im öffentlichen Dienst: Ver.di kämpft um bessere Bedingungen!

Gewerkschaft ver.di fordert in Tarifverhandlungen für Dithmarschen 8% mehr Lohn. Aktuelle Entwicklungen am 24. Januar 2025.



Heide, Deutschland -

Am 24. Januar 2025 begannen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, die auch die Versorgungsbetriebe betreffen. In diesem Kontext überreichten Delegierte der Gewerkschaft ver.di eine Petition an Stefan Vergo, den Stadtwerke-Chef in Heide (Kreis Dithmarschen). Vergo, der zudem im Kommunalen Arbeitgeberverband für den Fachausschuss der Versorgungsbetriebe zuständig ist, konnte die Petition aufgrund von Krankheitsgründen nicht persönlich entgegennehmen.

Inhalt der Petition ist die Forderung nach einer Lohnerhöhung von acht Prozent sowie einem Mindestbetrag von 350 Euro mehr Lohn. Diese Forderung wurde im Vorfeld der Tarifrunde laut ver.di auch von mehreren Seiten bekräftigt. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke wies darauf hin, dass viele Kommunen am Rande der Handlungsfähigkeit sind, während der Bund zunehmend Aufgaben an sie überträgt, die nur von einer begrenzten Zahl von Beschäftigten bewältigt werden können. Aktuell sind etwa 500.000 Stellen unbesetzt, und bis 2030 müssen rund eine Million Stellen im öffentlichen Dienst altersbedingt nachbesetzt werden.

Forderungen für die Tarifrunde 2025

Ver.di fordert in den laufenden Verhandlungen für über 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein Gehaltsvolumen von 8% oder mindestens 350 Euro mehr monatlich. Darüber hinaus sollen die Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte um 200 Euro monatlich angehoben werden. Zudem verlangt die Gewerkschaft drei zusätzliche freie Tage zur Entlastung ihrer Mitglieder sowie die Einführung eines „Meine-Zeit-Kontos“, um mehr Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung zu ermöglichen. Ein weiteres Anliegen ist, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auch auf Beamtinnen, Richterinnen, Soldaten und Versorgungsempfänger übertragen werden.

Die anstehenden Verhandlungen werfen über alle Aspekte hinweg ein Schlaglicht auf die zunehmende Belastung und den Personalnotstand im öffentlichen Dienst. Während die Lebenshaltungskosten steigen und die Arbeitsbelastung durch Personalmangel zunimmt, ist die finanzielle Situation vieler Kommunen angespannt und die Unterschiede zwischen den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden groß.

Für mehr Informationen zu den anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst können Sie die Berichterstattung von **NDR** nachlesen.

Weitere Details zur Position von ver.di und deren Forderungen sind in der Pressemitteilung auf der Website von ver.di zu finden: [ver.di](https://www.verdi.de).

Details	
Vorfall	Tarifverhandlungen
Ort	Heide, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ndr.de• www.verdi.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de